

**Gemeinsame Erklärung der Umweltministerkonferenz und der Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund)**

**zur Lokalen Agenda 21**

1. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten 178 Staaten die Agenda 21, das Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, als Aufruf für umweltgerechte Entwicklung, zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen und zum Überwinden der wachsenden sozialen Kluft zwischen Nord und Süd.

Der Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen GEO – 2000 (Global Environment Outlook 2000) dokumentiert unmissverständlich, dass die Bedrohung unseres Planeten – trotz aller bisherigen Bemühungen und Erfolge in Teilbereichen – seit Rio nicht abgenommen hat.

Die angespannte weltpolitische Lage, rasante Veränderungen im Rahmen der Globalisierung, der ökonomische Strukturwandel sowie eine stetig wachsende Weltbevölkerung führen zu tiefgreifenden Veränderungen der konkreten Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger und erfordern auf allen politischen Ebenen neue Gestaltungs- und Anpassungsprozesse.

2. Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren rufen alle Verantwortlichen – Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen sowie nicht zuletzt jeden einzelnen Bürger – zu verstärkten Aktivitäten und neuen Anstrengungen zur Umsetzung der Agenda 21 auf. Alle Bürgerinnen und Bürger tragen Verantwortung; sie können und müssen Beiträge zu einer lebenswerten Gegenwart und Zukunft, für Wohlstand, Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit, für Sicherheit und Frieden leisten.

Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren erinnern an die Jenaer 10-Punkte-Erklärung der Umweltministerkonferenz vom Juni 1997, in der den Kommunen eine Schlüsselrolle auf dem Weg zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung zugewiesen wird. Sie knüpfen ferner an ihre gemeinsame Erklärung zur Lokalen Agenda 21 vom Mai 1998 an.

Darüber hinaus betonen sie die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kommunen, insbesondere dargelegt in der vom Weltgemeindevorband anerkannten Bremer Erklärung von 1997 und weiter entwickelt in den 21 Empfehlungen im Rahmen der Konferenz der „bremen initiative“ vom April 2001.

3. Nachhaltige Entwicklung ist auf die kommunalen Kräfte und ihr Engagement in besonderem Maße angewiesen. Jüngste Untersuchungsergebnisse belegen, daß deutsche Städte, Kreise und Gemeinden bemerkenswerte Erfolge auf diesem Weg verzeichnen können, sie stehen heute vor der Konsolidierung ihrer Lokalen Agenda-Prozesse.

Die Lokale Agenda 21 bietet die Chance, neue Akzente für eine zukunftsweisende Entwicklung der Kommunen zu setzen sowie sich auf die Werte unserer Gesellschaft zu besinnen und sie zu gewichten. Der Agenda-Prozeß stimmt verschiedene Politikbereiche stärker aufeinander ab und bezieht alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie gesellschaftliche Gruppen mit ein. Er macht die Schritte in Richtung Nachhaltigkeit mittels konkreter Ziele und Indikatoren messbar und nachvollziehbar. Immer mehr deutsche Kommunen nutzen diese Chance.

4. Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren verfolgen das Ziel, dass sich bis zum UN-Gipfel für Nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg eine möglichst große Zahl deutscher Kommunen dem Agenda 21-Prozeß anschließen. Sie werden die Kommunen dabei unterstützen.

Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren begrüßen die vielfältigen Landesinitiativen und die Initiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für

einen Bundeswettbewerb zu „Agenda 21-Erfolgen“ und sind der Auffassung, dass der Wettbewerb die öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung des großen Engagement der verschiedenen Akteure der „Lokalen Agenda 21“ fördert und weitere Aktivitäten zur Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene anstößt.

5. Lokales Handeln ersetzt nicht nationale Strategien. Beide Handlungsebenen ergänzen sich. Einerseits sind ohne Aufmerksamkeit, Druck und die Veränderungen „von unten“ umwelt- und entwicklungspolitische Fortschritte auf globaler Ebene kaum durchzusetzen. Andererseits braucht die lokale Ebene angesichts begrenzter politischer Entscheidungsbefugnisse Rahmenbedingungen, um die Weichenstellung für ein ökologisch und sozial nachhaltiges Leben und Wirtschaften zu schaffen.

Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und –senatoren halten es für unverzichtbar, im Rahmen der Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie neben den Ländern auch die Kommunen aktiv einzubeziehen. Sie bitten den Rat für Nachhaltige Entwicklung, die Leistungen, die Herausforderungen und Chancen der deutschen Kommunen im Lokale-Agenda 21 – Prozeß in seine Beiträge für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen, damit Politikintegration, Partizipation und die Synchronisation der Handlungen auf allen föderalen Ebenen sicherstellt werden.

6. Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und –senatoren bitten den Bund, das „Bremer Dokument zur Lokalen Agenda 21“ in den weiteren Vorbereitungsprozeß auf den Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung 2002 einzuspeisen.

Jenaer 10 Punkte-Erklärung: Beschluß der 48. Umweltministerkonferenz am 04./05.06.1997 in Jena, TOP 5.1

Gemeinsame Erklärung der Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände und der UMK: 50. UMK am 07./08.05.1998 in Heidelberg

Bremer Erklärung: Wirtschaft und Kommune – Neue Partnerschaften für das 21. Jahrhundert. Ein Beitrag zur weltweiten Bewegung für eine Lokale Agenda 21, verabschiedet von den Teilnehmenden der Internationalen Konferenz ihrer Wirtschaft und Kommune in Bremen, Deutschland, 13.-15. März 1997

„creating better cities. together“ 2<sup>nd</sup> International Conference on business und municipality – new partnerships for the 21<sup>st</sup> century, 4.-7. April 2001 in Bremen, Germany, veranstaltet von der bremen initiative der internationalen Kampagne für eine Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Kommune für die Schaffung lebenswerter Städte.